

Flüchtlingskrise: 138 Afghanen landen in Leipzig - Politik im Aufruhr!

Am 16. April 2025 landeten 138 gefährdete Afghanen in Leipzig/Halle. Die Bundesregierung steht aufgrund der humanitären Aufnahmen unter Druck.



Am Mittwochabend landete ein von der Bundesregierung gechartertes Flugzeug am Flughafen Leipzig/Halle, das 138 Afghaninnen und Afghanen aus Islamabad an Board hatte. Diese Personen, die zuvor eine rechtsverbindliche Aufnahmezusage erhalten hatten, gehören zu einer Gruppe, die unter den schwierigen Bedingungen in Pakistan leidet. Von den Ankommenden sind 76 weiblich und 62 männlich, darunter auch 45 Kinder und Jugendliche. Dieses Ereignis ist Teil eines laufenden Bundesaufnahmeprogramms, das darauf abzielt, gefährdete Afghanen nach Deutschland zu bringen. Rund 2.600 besonders gefährdete Menschen aus Afghanistan warten derzeit in Pakistan auf ihre Aufnahme in Deutschland, zu denen frühere Ortskräfte deutscher Institutionen gehören. Diese Menschen sind

besonders von Verfolgung durch die Taliban bedroht, die seit ihrer Machtübernahme im Sommer 2021 ein brutales Regime etabliert haben.

Politische Reaktionen auf die laufenden Aufnahmen sind gespalten. Politiker der Union äußerten Empörung über die für April geplanten Flüge und kritisierten konkret die Vorgehensweise von Außenministerin Annalena Baerbock. So bezeichnete Sachsens Innenminister Armin Schuster die Aktionen als „infam und vollkommen verbohrt“. Auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer übte scharfe Kritik und verwies auf die Kontroversen in den letzten Tagen von Baerbocks Amtszeit. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD ist festgelegt, dass freiwillige Bundesaufnahmeprogramme beendet werden sollen, was die Spannungen zusätzlich verschärft.

Humanitäre Verantwortung und Zukünftige Flüge

Obwohl die Kritik von der Union laut wird, verteidigt Co-Fraktionschefin der Grünen, Britta Haßelmann, die Aufnahmen und betont die humanitäre Verantwortung Deutschlands. Deutschland hat mit dem Aufnahmeprogramm die Möglichkeit geschaffen, bis zu 1.000 Menschen pro Monat aufzunehmen. Bislang wurden rund 1.400 Afghanen im Rahmen dieses Programms nach Deutschland geholt. Es sind weitere Flüge für den 23. und 29. April geplant.

Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Christian Wagner, versicherte, dass die Zusagen für die Aufnahme verbindlich sind und das Programm klar strukturiert wurde. Die Herausforderungen durch das brutale Regime der Taliban machen einen weiteren Handlungsbedarf offensichtlich. Dennoch bleibt unklar, wie die neue Regierungskoalition mit dem Thema zukünftiger Aufnahmeprogramme umgehen wird.

Insgesamt stellt diese Thematik eine kritische Herausforderung

dar, die sowohl humanitäre Aspekte als auch innenpolitische Konflikte beinhaltet. Die Debatte wird die deutsche Politik in den kommenden Wochen weiterhin begleiten, insbesondere in Anbetracht der prekäre Lage in Afghanistan und den anhaltenden Bedrohungen für die Zivilbevölkerung.

Details	
Quellen	• www.radioeuskirchen.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: aktuelle-nachrichten.net